

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Marvin Hager

Ausschussmitglied Birgit Holtz

Mitglied CDU-Fraktion

Stellv. Ausschussmitglied Heidi Bosse

Mitglied Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW

Ausschussvorsitzender Olaf Fischer

Ausschussmitglied Dr. Uwe Weithöner

von der Verwaltung

Fachbereich 13 Alexander Ajwasow

Fachbereich 10 Matthias Schulte

Fachbereich 16 Denise Stolz

vom Eigenbetrieb Alina Weingart

Leiter Referat 4

Referatsleiter Jens Müll

Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Manuel Baruschke

Oberbürgermeister Carsten Feist

Ausschussmitglied Yannick Lonkai

Grundmandat Thorsten Moriße

Stellv. Ausschussvorsitzender Sven Schoolmann

Ausschussmitglied Thomas Suberg

Ausschussmitglied Helga Weinstock

Fachbereichsleiter

Fachbereichsleiter Tino Hoffmann

Protokollführer

Fachbereich 16 Diether Erdelyi

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Datenverarbeitungs- und- Digitalisierungsausschusses vom 30.01.2025
- 4 Vorlagen an den RAT
- 4.1 Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Digitalisierung und Stellensituation in **500/2025** der Wohngeldstelle
- 5 Sachstand Bauantrag Online
- 6 Sachstand Software Betreuungsstelle
- 7 Sachstand OpenRathaus / OZG
- 8 Sachstand Ratsinformationssystem
- 9 Mitteilungen und Anfragen

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Fischer, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Hager merkte an, dass die Terminverschiebung dieser Sitzung in die Kernarbeitszeit für die berufstätigen Ausschussmitglieder eher ungünstig gewesen sei.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde in der vorliegenden Form festgestellt und einstimmig beschlossen.

- 3 Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Datenverarbeitungs- und- Digitalisierungsausschusses vom 30.01.2025

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung des DDA vom 30.01.2025 wurde einstimmig mit einer Enthaltung genehmigt.

4 Vorlagen an den RAT

4.1 Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Digitalisierung und Stellensituation in der Wohngeldstelle **500/2025**

Herr Fischer hat auf den Antrag Bezug genommen.

Er erläuterte die allgemeine Situation in der Wohngeldstelle, wo es derzeit einen Rückstau von ca. 1.000 Wohngeldanträgen gäbe. Hier müsse dringend Abhilfe geschaffen werden, da die Antragsteller auf dieses Geld angewiesen seien. Es müsse daher geprüft werden, ob man bei der Wohngeldstelle durch digitale Unterstützung helfen könne. Es müsse geklärt werden, ob zu diesem Zweck bestimmte OZG- bzw. EfA-Leistungen umgesetzt werden könnten. Seines Wissens nach gäbe es in Schleswig-Holstein und beim IT.Niedersachsen bereits solche Lösungen. Auch eine App-Lösung zur digitalen Antragsstellung sei wohl derzeit in der Erprobungsphase.

Herr Dr. Weithöner wies darauf hin, dass einmal jährlich ein Antrag auf Verlängerung gestellt werden müsse. Hierbei müsse geschaut werden, ob dies nicht ggf. mittels eines Vermerks „verlängert“ vereinfacht werden könne. Hier sei auch der Gesetzgeber gefordert, Gesetze auf Digitalisierbarkeit zu prüfen.

Herr Müll ergänzte, dass in der Wohngeldstelle insgesamt ca. 3.000 Fälle bearbeitet würden, wobei derzeit ca. 1.000 Fälle unbearbeitet wären. Hierbei zeige sich eine unterschiedliche Fallstruktur. Neben den einfachen Standardfällen gäbe es auch die komplizierten, aufwendigeren Fälle, zum Beispiel bei Selbstständigen.

Es wurden bereits verschiedene Lösungsmöglichkeiten ausprobiert. So versuchte man der Lage mit einer Front-/Backoffice-Lösung Herr zu werden. Doch diese Idee brachte nicht die gewünschte Verbesserung und sei zudem kein Wunsch der Wohngeldstelle gewesen, so dass dieser Lösungsansatz wieder verworfen wurde.

Im Stellenplan sei die Wohngeldstelle mit 11,58 Stellen als SOLL angegeben, tatsächlich aber mit 15 IST Stellen besetzt. Dabei seien derzeit aber zwei Beschäftigte abgängig, deren Stellen aber zukünftig wieder nachbesetzt werden sollen.

In diesem Zusammenhang verwies Herr Müll auf die insgesamt hohe Fluktuation in der Wohngeldstelle, wodurch immer mehr Fachwissen verloren ginge. Um dem entgegen zu wirken, wolle man bei der Besetzung von freien Stellen längere Stehzeiten (Bindung an die Stelle von mind. 2 Jahren) zur Voraussetzung machen.

Zum Punkt Digitalisierung in der Wohngeldstelle teilte Herr Müll mit, dass die Stadt Wilhelmshaven das Verfahren „Lämmkom LISSA“ einsetze. Gleiches nutze die Stadt Osnabrück wohl auch und sei zudem Pilotanwender für die digitale

Wohngeldstellenbearbeitung.

Auf Nachfrage von Herrn Fischer, ob es sich bei der digitalen Lösung der Stadt Osnabrück um eine Volldigitalisierung handele, teilte Herr Schulte mit, dass dem wohl so wäre. Herr Fischer schlug deshalb vor, sich vor Ort ein Bild dieser Lösung zu machen. Herr Müll stimmte dem Vorschlag zu.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt, die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Einführung vorhandener Digitalisierungslösungen im Bereich der Wohngeldstelle zu prüfen und umzusetzen. Weiterhin soll der zusätzliche Einsatz von Personal zur Unterstützung bei der Abarbeitung des aktuellen Antragsstaus erfolgen. Im Zuge dieser Maßnahme soll die Organisation eines Stellenpools von Verwaltungsfachkräften für vergleichbare Überlastsituationen erfolgen.

5 Sachstand Bauantrag Online

Frau Weingart stellte den Sachstand zum Bauantrag Online anhand einer Präsentation vor. Hierbei erläuterte Sie die erreichten Meilensteine (Projektvorbereitung, IST- und SOLL-Situation) und gab einen Ausblick auf die nächsten Schritte (Umsetzungsphase und Veröffentlichung). Die Veröffentlichung und Freischaltung der Dienstleistung für die Bürger solle voraussichtlich im II. Quartal 2025 erfolgen. In diesem Zuge könne dann das Verfahren nach §3a NBauO digital beantragt werden. Ferner gäbe es dann eine Anbindung der Fachsoftware an das „NAVO“ (Niedersächsische Antragssystem für Verwaltungsleistungen Online) und an das „OpenRathaus“ für medienbruchfreie Antragstellung.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Weithöner, ob das NAVO eine Benutzerschnittstelle biete, teilte Frau Weingart mit, dass das NAVO eine Formularenschnittstelle bereitstelle, die die Daten an das Bauverfahren weiterleite.

Herr Hoffmann erläuterte in diesem Zusammenhang die technischen Verbindungen zum Bauantrag Online. Dabei wäre das NAVO lediglich ein Angebot des Landes Niedersachsen. Dieses könne zu einem späteren Zeitpunkt durch ein Verfahren auf Bundesebene abgelöst werden. Derzeit wäre man aber mit dem NAVO sehr zufrieden.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Weithöner, ob die Fachsoftware ausschließlich auf die Prozesse von Wilhelmshaven ausgelegt sei, erwiderte Herr Hoffmann, dass es sich hierbei nicht um eine Individuallösung handele.

Herr Fischer erkundigte sich, ob der Benutzer bei dem Onlineantragsverfahren durch die einzelnen Schritte geführt werde. Herr Hoffmann teilte hierzu mit, dass es hierbei einen sog. „Wizzard“ gäbe, der dann online unterstützend zur Seite stünde.

Im Anschluss an diese Diskussion nahm der Ausschuss Kenntnis.

6 Sachstand Software Betreuungsstelle

Bezüglich des aktuellen Sachstands zur Beschaffung einer Betreuungsstellensoftware teilte Herr Hoffmann mit, dass der Fachbereich (FB) 50 zwischenzeitlich ein Angebot des favorisierten Systems „Butler Behörde 21“ angefordert habe.

Bei Durchsicht dieser Angebote wurde aber festgestellt, dass bei diesen Anschaffungskosten (Mietlizenzen / Zeitraum kalkuliert auf 4 Jahre) grundsätzlich eine öffentliche Ausschreibung notwendig sei. Eine Verhandlungsvergabe aufgrund der gesetzlichen Ausnahmekriterien der Alleinstellung dieses Verfahrens konnte dem RPA seitens des FB 50 nicht stichhaltig begründet werden, so dass es wohl auf eine öffentliche Ausschreibung hinauslaufen werde. Hierfür sei aber ein produktneutrales Leistungsverzeichnis zu erstellen, welches aber derzeit noch nicht vorläge. Parallel hierzu müsse noch intern ein Softwarefreigabeverfahren initiiert werden. Dieses sei derzeit noch bei dem FB 50 in Vorbereitung.

Herr Müll ergänzte, dass er sich noch mit der Sachgebietsleiterin der Betreuungsstelle, Frau Raabe, in Verbindung setzen wolle, um die Einzelheiten einer Ausschreibung zu klären.

Hierzu gab Herr Fischer noch den Hinweis, dass ggf. auch die Betreuer wichtige Hinweise geben könnten, die in das zu erstellende Leistungsverzeichnis einfließen könnten.

Der Ausschuss nahm Kenntnis.

7 Sachstand OpenRathaus / OZG

Herr Hoffmann erläuterte den aktuellen Sachstand zum Thema Onlinezugangsgesetz (OZG). Hierbei teilte er mit, dass die Datenschutzfolgenabschätzung (DSFA) bereits abgeschlossen werden konnte.

Herr Dr. Weithöner wollte wissen, ob es diesbezüglich eine Einigung mit dem Hersteller gäbe und ob es einen allgemeinen, rechtlich geprüften Rahmen für die Kommunen gäbe. Herr Hoffmann erwiderte, dass diese DSFA von jeder Kommune selbst gemacht werden müsse.

Herr Hoffmann führte weiter aus, dass der nächste Schritt die Einführung eines Online-Bezahlungssystems, das „pmPayment“, sei. Zwar sei das OpenRathaus noch nicht aktiv, doch wenn es dann in Betrieb ginge, müssten die dort angebotenen digitalen Dienstleistungen auch online bezahlt werden können. Hier sei eine Schnittstelle zum eingesetzten Finanzverfahren notwendig, wobei mittels Verwendungszweck eine richtige Zuordnung zu den korrekten Sachkonten zwingend notwendig sei.

Herr Müll erkundigte sich, ob es denn schon Verfahren gäbe, die für diese

Möglichkeit vorbereitet seien. Herr Hoffmann entgegnete, dass zum Beispiel das Meldeamts- und das Standesamtsverfahren, sowie die Hundesteuer darüber abgewickelt werden könnten.

Auf die Frage von Herrn Fischer, ob das bei der Stadt Wilhelmshaven eingesetzte Finanzverfahren „ProDoppik“ bereits in anderen Kommunen an ein Bezahlssystem angebunden sei, antwortete Herr Hoffmann, dass es schon Kommunen gäbe, die das Online-Bezahlssystem im Zusammenhang mit „ProDoppik“ nutzen.

Abschließend erkundigte sich Herr Fischer zum Thema zertifizierte, digitale Unterschriften. Herr Hoffmann teilte daraufhin mit, dass es sich hierbei um ein recht großes Projekt handle. Derzeit würden die hierfür erforderlichen Zertifikate von den Fachbereichen in Eigenregie beschafft. Zukünftig könne eine Abkehr von einer dezentralen hin zu einer zentralen Beschaffung Sinn machen. Im Zuge dessen wären dann aber aufgrund der Komplexität des Themengebietes und des damit verbundenen Arbeitsumfanges weitere personelle Ressourcen erforderlich.

Der Ausschuss nahm Kenntnis.

8 Sachstand Ratsinformationssystem

Herr Ajwasow erläuterte den aktuellen Sachstand zur Beschaffung eines neuen Ratsinformationssystems (RIS). Hierzu teilte er mit, dass derzeit eine Markterkundung durchgeführt werde, bei der vier Anbieter (Somacos, Sternberg, ALLRIS und more!Rubin) zur Produktvorstellung eingeladen wurden. Er verwies zudem auf die bereits bei den Ratsmitgliedern durchgeführte Umfrage, bei der die dort geäußerten Fragen und Wünsche an ein neues RIS zur Kenntnis genommen wurden.

Bei den bisher erfolgten Vorstellungen zeigte sich, dass die verwaltungsinternen Prozesse durch eine weitere Digitalisierung optimiert werden könnten. So könne beispielsweise die Freigabe der Tagesordnung oder auch die Einladung durch den Ausschussvorsitzenden zukünftig über eine RIS-App (alternativ auch die WEB-Ansicht) erfolgen.

Nach der Vorstellung dieser genannten Systeme solle schnellstmöglich eine vergabekonforme Ausschreibung erfolgen. Die Zielsetzung zur Einführung des neuen Systems sei zwar das zweite Quartal 2025, realistischer sei hier aber eher das dritte Quartal des Jahres anzusetzen. Im Anschluss an die Installation des neuen Systems würden dann auch zeitnah die Schulungen der Ratsmitglieder erfolgen.

Herr Fischer erläuterte seinen Hinweis, ein viertes Verfahren, das more!Rubin, in die Markterkundung mit aufzunehmen. In seiner Recherche sei ihm aufgefallen, dass Schlagwörter bei der Suche mittels dieses Systems extrem schnell zu finden seien. Hier würden sich dann auch automatisch neue Fenster öffnen, wobei dann die Suchbegriffe in den Texten auch farblich hinterlegt wären.

In diesem Zusammenhang mit der geplanten Beschaffung eines neuen RIS bat Herr Fischer noch darum, unbedingt auf Benutzerfreundlichkeit und Performance des Systems zu achten.

Abschließend wollte Herr Dr. Weithöner wissen, ob auch ein Dokumentenmanagementsystem (DMS) hinter dem neuen RIS stünde. Herr Ajwasow teilte mit, dass dem so wäre und dass diese Anforderung für eine DMS-Schnittstelle für die Archivierung in dem noch zu erstellenden Leistungsverzeichnis aufgenommen werden würde.

Der Ausschuss nahm Kenntnis.

9 Mitteilungen und Anfragen

Es lagen keine Mitteilungen und Anfragen im öffentlichen Teil vor.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 14:00 Uhr

gez.

Müll
Referatsleiter

gez.

Fischer
Ausschussvorsitzender

gez.

Erdelyi
Protokollführer